LANDKREIS FRIESLAND

Niederschrift
über die Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Klimafolgenanpassung, Planung und Kreisentwicklung am 14.06.2022 im Dienstleistungszentrum des Landkreises Friesland in Varel (Vortragsraum), Karl-Nieraad-Straße 1

Beginn: 15:30 Uhr **Ende:** 16:38 Uhr

Teilnehmer/innen:

Vorsitzender

Homfeldt, Axel	

Mitglieder

Beckmann, Sina	Online-Teilnahme
Bergfeld, Christian	
Esser, Martina	Online-Teilnahme
Haesihus, Heiner	
Kaiser-Fuchs, Marianne	
Kühne, Lars	
Recksiedler, Raimund	
Wiesner, Jannes	

Teilnehmer/in des JuPa FRI

Hans, Marcel	

beratende Mitglieder (GM)

Wittke, Agnes	

stellv. Mitglieder

Jensen, Katharina	Vertretung für Herrn KTA Eilers
Mandel, Sören	Vertretung für Herrn KTA Ratzel

stellv. beratende Mitglieder (GM)

Zerth, Britta	Online-Teilnahme - Vertretung für Herrn KTA Schürgers

Angehörige der Verwaltung

Dehrendorf, Martin, Dr.	
Jaufmann, Kristina	
Lang, Valentin	
Neuhaus, Rolf	

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Um 15:30 Uhr begrüßt Herr Vorsitzender Homfeldt alle Mitglieder und Anwesenden und eröffnet die Sitzung.
Frau KTA Beckmann, Frau KTA Esser und Frau KTA Zerth nehmen online an der Sitzung teil.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 08.03.2022, 24.03.2022 und 26.04.2022

Die Niederschriften über die Sitzungen vom 08.03.2022, 24.03.2022 und 26.04.2022 werden einstimmig genehmigt.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Herr Homfeldt ruft TOP 3 auf.

Herr Martin Heinze, Mitglied der Agendagruppe Klimaschutz Varel, hat einige seiner heute gestellten Fragen vorab per Email gestellt. Er meldet sich zu Wort.

Herr Heinze stellt die Frage, ob es in der Zukunft einen Klimaschutzbeirat geben werde und falls dies der Fall sein sollte, ab wann dies geplant sei.

Herr Lang bedankt sich für die Frage und erklärt, dass der Klimaschutzbeirat auf jeden Fall wieder eingeführt werden solle. Der Termin werde bekannt gegeben, sobald dieser feststehe. Derzeit arbeite sich Herr Lang parallel in diverse Projekte ein, sodass er noch keinen genauen Termin für die Reaktivierung des Klimaschutzbeirates nennen könne.

Herr Heinze habe erfahren, dass es auf dem Schuldach der BBS Varel eine Photovoltaikanlage gebe. Er würde auf Nachfrage keine weiteren Auskünfte darüber erhalten, wer der Eigentümer sei und was der dazugehörige Vertrag beinhalte. Er wirft der Verwaltung diesbezüglich Versagen vor, da nicht einmal die Schüler/Innen der BBS Varel erfahren würden, in welcher Höhe Strom produziert werde bzw. eingespeist werde. Er fragt, ob es nachträglich möglich sei, ein Display zu installieren, der die genannten Daten abbildet.

Herr Neuhaus erklärt, dass ein Display in den bisherigen Kostenaufstellungen des Ausbauprogrammes des Landkreises nicht vorgesehen sei. Er werde mit dem Pächter besprechen, ob dies umzusetzen sei. Die Entscheidung werde u.a. von der Laufzeit abhängig gemacht.

Herr Homfeldt fügt hinzu, dass der Bauausschuss am 09.06.2022 grundsätzlich beschlossen habe, dass nach Möglichkeit alle kreiseigenen Gebäude mit Photovoltaik ausgestattet

würden. Über das Betreibermodell werde noch im Finanz- oder Wirtschaftsausschuss gesprochen. Die politische Intention sei, Bürgerbeteiligungen herbeizuführen. In diesem Zuge könne mit großer Wahrscheinlichkeit ein Display an der BBS realisiert werden.

Herr Heinze betont, dass sich die Agendagruppe Klimaschutz Varel wünschen würde, über entscheidende Weiterentwicklungen informiert zu werden. Er äußert Kritik an der Öffentlichkeitsarbeit der Kreisverwaltung.

Herr Dr. Dehrendorf weist auf den neuen Tagesordnungspunkt „Bericht des Klimaschutz-beauftragten“ hin. Dieser Tagesordnungspunkt sei eingerichtet worden, um die Öffentlichkeit über den aktuellen Stand und sich noch in Planung befindende Klimaschutzprojekte zu informieren.

Herr Heinze stellt fest, dass der Kreis, bzw. die Kommunen Strom des Unternehmens Enercity beziehen. Dies sei zwar grüner Strom, aber kein qualitativ hochwertiger Strom. Er fragt, wann eine neue Ausschreibung in Bezug auf grünen Strom stattfinden werde und ob man in dieser Ausschreibung zertifizierten grünen Strom fordere.

Herr Neuhaus erklärt, dass die nächste Ausschreibung turnusmäßig im ersten Halbjahr 2023 stattfinden werde. Im Vorfeld werde geprüft, welche Label hierfür geeignet seien. Gern dürfe Herr Heinze hierfür einige Label nennen, die seiner Meinung nach geeignet seien und evtl. mit ausgeschrieben werden können. Die KWL (Kommunale Wirtschafts- und Leistungsgesellschaft) führt diese Ausschreibungen für den Landkreis durch. Es sei eine Budget-entscheidung, ob gewisse Label, in Hinblick auf die zu erwartenden Gesamtkosten, mit ausgeschrieben werden. Der Preisunterschied zwischen Ökostrom und Normalstrom liege derzeit bei ca. 8 – 10 Cent.

Desweitern möchte Herr Heinze wissen, ob im Zuge dieser Sitzung über die Verwendung der Abwärme bei PKV gesprochen wird.

Herr Dr. Dehrendorf weist darauf hin, dass Herr Lang im Laufe der Sitzung über das Thema Geothermie berichten werde.

Herr Heinze bedankt sich für die Antworten.

Keine weiteren Wortmeldungen oder Fragen.

Herr Homfeldt schließt die Einwohnerfragestunde.

TOP 4 Berichte und Vorlagen der öffentlichen Sitzung

TOP 4.1 Berichte und Vorlagen für den Kreistag: keine

TOP 4.2 Berichte und Vorlagen für den Kreisausschuss:

TOP 4.2.1 Sachstand zur kommunalen Wärmeplanung Vorlage: 0221/2022

Am 3. März 2022 wurden die Ergebnisse des Projektes „Kommunale Wärmeplanung und Erneuerbare Energien“ in einer Abschlusspräsentation vorgestellt. Wärmepläne sind ein zentrales Planungsinstrument um eine klimafreundliche Wärmeversorgung zu erreichen, indem der Wärmebedarf der Gebäude die vorhandene Energieinfrastruktur und nutzbare Wärmequellen dargestellt werden.

Der kommunale Wärmeplan besteht aus vier aufeinander aufbauenden Elementen:

1. Bestandsaufnahme: Erfassung des Ist-Zustandes
2. Potenzialanalyse: Möglichkeiten der Energie- und Wärmenutzung räumlich aufzeigen
3. Zielszenarien: Energiebedarfsszenarien als Grundlage für die Maßnahmenplanung
4. Maßnahmenplanung: Maßnahmenkatalog

Die Ergebnisse sind den Städten und Gemeinden des Landkreises Friesland übermittelt worden und werden idealerweise in der zukünftigen Bauleitplanung berücksichtigt werden. Zudem können die Ergebnisse als Fachgutachten für die Umsetzung des Siedlungsmodells nach RROP genutzt werden.

Das Versorgungsunternehmen EWE unterstützte das Projekt und zeigte bereits Interesse an den kommunalen Wärmeplänen [siehe TOP 4.2.1].

Während dem Projekt „Kommunale Wärmeplanung und Erneuerbare Energien“ entstand das Gründach- und Solardachkataster. Mithilfe des Katasters können sich die Bürgerinnen und Bürger kostenlos im Internet für jedes einzelne Gebäude im Landkreis anzeigen lassen, wie groß das jeweilige Solarthermie-, Photovoltaik- und Gründachpotential ist. Den Landkreisen Friesland und Wittmund wurde das Angebot unterbreitet, zusätzlich zu den bereits bestehenden Katastern ein Geothermiepotenzialkataster zu integrieren. Mithilfe des Geothermiepotenzialkatasters könnte den Bürgerinnen und Bürgern durch räumliche Visualisierung Auskunft über die Einsatzmöglichkeiten von Erdwärmekollektoren und Erdwärmesonden gegeben werden.

Über die Annahme des Angebots zum Geothermiepotenzialkataster wird in einer separaten Vorlage entschieden.

Herr Homfeldt ruft den TOP 4.2.1 auf.

Herr Lang berichtet über den Abschluss der kommunalen Wärmeplanung. Die Ergebnisse der kommunalen Wärmeplanung wurden an die Städte und Gemeinden des Landkreises versendet. Es habe ein Gespräch mit der EWE gegeben, die sich sehr interessiert an der Umsetzung sowie im Bereich Wärmewende gezeigt hätte.

Der Landrat habe vor einigen Wochen die Klimaschutzcharta unterzeichnet. Es bestehe evtl. die Möglichkeit, beides miteinander zu verbinden und im Rahmen der Klimaschutzcharta verschiedene Projekte durchzuführen.

Es gebe im Internet bereits das Gründach- und Solardachkataster, wo Bürger/Innen kostenlose Informationen beziehen können. Nun gebe es die Möglichkeit ein Geothermie-potenzialkataster hinzuzufügen, über das den Bürger/Innen einen Teil der Daten zugänglich gemacht werden solle.

Keine weiteren Fragen.

Anlagen:
keine

Beschluss:
Die Ausführungen zur kommunalen Wärmeplanung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

Ja:	11
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 4.2.2 Integration eines Geothermiepotenzialkatasters Vorlage: 0222/2022

Während dem Projekt „Kommunale Wärmeplanung und Erneuerbare Energien“ entstand das Gründach- und Solardachkataster. Mithilfe des Katasters können sich die Bürgerinnen und Bürger kostenlos im Internet für jedes einzelne Gebäude im Landkreis anzeigen lassen, wie groß das jeweilige Solarthermie-, Photovoltaik- und Gründachpotential ist. Den Landkreisen Friesland und Wittmund wurde das Angebot unterbreitet, zusätzlich zu den bereits bestehenden Katastern ein Geothermiepotenzialkataster zu integrieren. Mithilfe des Geothermiepotenzialkatasters könnte durch räumliche Visualisierung den Bürgerinnen und Bürgern Auskunft über die Einsatzmöglichkeiten von Erdwärmekollektoren und Erdwärmesonden gegeben werden.

Bei Annahme des Angebots würden für die Landkreise Friesland und Wittmund insgesamt folgende Kosten entstehen:

Einmalige Bruttokosten:	1.100€
Jährliche Bruttogebühr:	440€

Entsprechend entstünden pro Landkreis folgende Kosten:

Einmalige Bruttokosten:	550€
Jährliche Bruttogebühr:	220€

Im Landkreis Friesland können die diesjährigen Bruttokosten von **770€** durch eingesparte Gelder gedeckt werden, da die ursprünglich für die Aktion „Stadtradeln“ vorgesehenen Mittel größtenteils vom Land übernommen worden sind und die Aktion für den Landkreis somit kostengünstiger war.

Herr Homfeldt ruft den TOP 4.2.2 auf.

Herr Lang knüpft an den vorherigen TOP 4.2.1 an und erklärt, dass die Integration des Geothermiepotenzialkatasters gemeinsam von den Landkreisen Wittmund und Friesland durchgeführt werden würde. Die Kosten belaufen sich für beide Landkreise auf je 550 Euro. Zusätzlich käme eine jährliche Gebühr von 220 Euro dazu. Die Kosten für dieses Jahr seien bereits gedeckt.

Herr Homfeldt fragt, ob in Anbetracht der Summen dieses Vorhaben nicht eigentlich ein Geschäft der laufenden Verwaltung sei.

Herr Dr. Dehrendorf stellt klar, dass das Thema Geothermiepotenzialkataster in der Sitzung aufgegriffen werden solle, um die Öffentlichkeit darüber zu unterrichten und die Methode aufzuzeigen, mit der vorgegangen werde. Die Erkenntnisse, die im Rahmen des Projekts „Kommunale Wärmeplanung und Erneuerbare Energien“ entstehen, würden so aufbereitet, dass jeder sie niederschwellig nutzen könne. Ein Gutachten erstellen zu lassen, um zu erfahren, ob sich eine PV-Anlage auf einem Dach lohne, sei sehr aufwendig und mit ca. 250 Euro kostenintensiv. Es gab lt. seiner Aussage eine Förderung, sodass die Kosten deutlich geringer ausfielen. Dies wurde sehr gut angenommen. Durch das Geothermiepotenzial-kataster hat nun jeder die Möglichkeit ein Gutachten für sein Haus erstellen zu lassen. Durch diese vereinfachte Möglichkeit eines Gutachtens für Geothermie sollen die Bürger zum Handeln animiert werden. Dieses Gutachten sei umfangreich und werde auf Grund der Daten generiert, die im GIS (der Liegenschaftskarte) vorliegen.

Herr KTA Mandel stellt diesbezüglich die Frage, ob mit diesem Gutachten ein Antrag bei der entsprechenden Behörde entfalle.

Herr Dehrendorf erklärt, dass dieses Gutachten eine erste Einschätzung sei, ob sich das aufwendige Antragsverfahren lohne.

Herr Homfeldt möchte wissen, ob sich ebenso mit dem Thema der tiefen Geothermie beschäftigt wurde.

Herr Lang erwidert, dass es sich um oberflächennahe Geothermie handele. Tiefe Geothermie sei im Geothermiepotenzialkataster nicht berücksichtigt.

Herr Homfeldt fragt weiterhin, ob es eine Möglichkeit gebe, in größerer Tiefe zu untersuchen. Er führt aus, dass es im norddeutschen Raum bereits in 600 – 800 m Tiefe recht hohe und somit nutzbare Temperaturen gebe. Gerade für größere Gebäude oder beispielsweise Hallenbäder sei dies sehr interessant.

Herr Dr. Dehrendorf fügt hinzu, dass die Datentiefe die unterschiedlichen geologischen Potentiale der einzelnen Standorte bewusst mache. Aufgrund dieser Daten ergibt sich, welche Art von Sonden geeignet sei.

Herr Dr. Dehrendorf merkt an, dass detaillierte geologische Daten zur möglichen Bohrungstiefe nachgereicht würden.

Herr Homfeldt merkt an, dass es aus Sicht der Verwaltung sicherlich Sinn mache, die Möglichkeiten einer tiefen Geothermie zu klären, um die geologischen Verhältnisse des Landkreises zu erfassen.

Nachtrag zum Protokoll von Herrn Lang: In dem Projekt „Kommunale Wärmeplanung und Erneuerbare Energien“ wurden keine Daten zur tiefen Geothermie verarbeitet oder erhoben. Im Gegensatz zur oberflächennahen Geothermie gibt es bisher zu wenige Tiefen-Bohrungen, um ein großräumiges Potenzialkataster erstellen zu können. Bei der oberflächennahen Geothermie wird Erdwärme aus bis zu 400 m Tiefe genutzt, während bei der tiefen Geothermie die Erdwärme in Tiefen von mehr als 400 Metern verwendet wird. Weiter ist zu ergänzen, dass bei Bohrungen bis 100 m die Untere Wasserbehörde des Landkreises zuständige Behörde ist und Bohrungen tiefer 100 m gesetzlich als Bergbau nach Bergrecht eingestuft werden und in der Zuständigkeit des Landesbergamts (LBEG) Niedersachsen liegen.

Keine weiteren Fragen oder Wortmeldungen.

Anlagen:
keine

Beschluss:
Der Integration des Geothermiepotenzialkatasters wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ja:	11
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 5 Berichte aus anderen Gremien: keine

TOP 6 Informationen aus dem Jugendparlament: keine

TOP 7 Mitteilungen der Verwaltung: keine

TOP 8 Bericht des Klimaschutzbeauftragten

Herr Lang berichtet über die Fortschritte seit dem letzten Klimaausschuss. Nach der letzten Klimaschusssitzung habe am 26. März die Earth - Hour stattgefunden, an der 5 von 8 Kommunen des Landkreises teilgenommen haben.

Vom 02.-15. Mai 2022 haben die Aktionstage „Essen im Mehrweg“ stattgefunden, bei dem Bürger/Innen ihr Essen in Mehrwegverpackungen fotografieren und einsenden konnten. Die Gewinner haben Gutscheine erhalten. Die Aktionstage wurden vom RUZ Schortens durchgeführt und von der Innovativen Hochschule Jade-Oldenburg unterstützt, die Landkreise Friesland und Wittmund haben finanziell unterstützt.

Im September seien Plastik-Aktionstage geplant, die Vorbereitungen dazu laufen bereits.

Vor einigen Wochen wurde die Förderrichtlinie zur Bezuschussung von Mehrwegpfandsystemen vom Kreistag verabschiedet.

Im Zeitraum vom 07. bis zum 27. Mai 2022 habe die Aktion „Stadtradeln“ stattgefunden. In diesem Jahr hätten mehr als 1500 aktiv Radelnde teilgenommen, somit war die Beteiligung mehr als doppelt so hoch, als in den Vorjahren. 7 von 8 Kommunen hätten sich beteiligt, erstmals Varel und Wangerooge.

Am 20. Mai 2022 habe, nach Aufhebung der Coronamaßnahmen, das erste Arbeitstreffen der Steuerungsgruppe Fairtrade stattgefunden. Regelmäßige Treffen seien geplant. Es solle noch Ausstellungen geben, am 25. August 2022 sei eine Re-Zertifizierungsfeier mit dem Landrat geplant.

Derzeit laufe die PV-Kampagne. Dazu habe am 13. Juni 2022 eine Online-Veranstaltung zum Thema „Solarenergie auf dem eigenen Dach“ mit anschließender Gruppenberatung stattgefunden. Es konnten individuelle Fragen an Energieberater gestellt werden. Insgesamt wurden 120 Plätze für den Landkreis Friesland reserviert.

Im Rahmen des Energieberichtes werden Daten zu Strom, Wärme, Wasser pro Gebäude im Landkreis für die Jahre 2019 bis 2021 zusammengetragen. Herr Lang weist darauf hin, dass 2019 coronabedingt das letzte repräsentative Jahr sei. In den Jahren 2021 / 2022 sei pandemiebedingt ein anderes Nutzungsverhalten entstanden. Für September 2022 sei eine

halbtägige ECOSPEED Business-Einführungsschulung für Kommunen geplant. Ab dem Jahr 2022 gebe es eine Berichtspflicht, alle Kommunen müssen einen Energiebericht erstellen. Die Städte und Gemeinden des Landkreises könnten die Lizenz des Landkreises mitnutzen. Bei Interesse gebe es dann für die Gemeinden eine Softwareeinführung.

Die Klimaschutzcharta wurde vom Landrat und dem EWE-Vorstandsmitglied Michael Heidkamp unterzeichnet. Teil der Klimaschutzcharta sei es, dass es einen gemeinsam erarbeiteten Aktionsplan von der EWE und dem Landkreis Friesland gebe. Im Juli 2022 stehe ein Treffen zur Ausgestaltung des Aktionsplans an.

Der gemeinnützige Verein „Die Multivision e.V." möchte im Oktober 2022 zwei Veranstaltungen in Schulen im Landkreis zum Thema „Bekämpfung des Klimawandels" durchführen. Beide Projekttage würden vom Landkreis Friesland mit jeweils 500 Euro unterstützt.
Zum Förderantrag des Klimawandelanpassungskonzeptes gebe es bisher noch keine Rückmeldung.

Vor einigen Wochen habe es ein Treffen mit dem Klimaschutzbeauftragten der Stadt Wilhelmshaven und der Projektleiterin des Regionalmanagements Strukturwandel Kohleausstieg gegeben. Bei diesen Treffen wurden gemeinsame Projekte besprochen. In naher Zukunft solle eine Strategie für eine klimaneutrale Region Friesland-Wilhelmshaven entstehen. Hierbei sollen Klimaschutzziele definiert, sowie Handlungsfelder im Bereich Klimaschutz identifiziert und festgelegt werden. Die Überlegung hierbei sei, dass das Klimaschutzmanagement in diesen Prozess stark eingebunden werde. Es solle abgewartet werden, bis die politischen Ziele festgelegt und die Handlungsfelder festgeschrieben seien. Daraufhin werde ein Förderantrag auf ein sogenanntes Vorreiterkonzept gestellt, wofür es eine Förderquote von 50 % gebe. Beim Vorreiterkonzept werde das Klimaschutzkonzept des Landkreises fortgeschrieben und dazu konkrete Maßnahmen entwickelt.

Herr Homfeldt bedankt sich für den Bericht.

Herr Homfeldt erkundigt sich, ob dazu Fragen oder Anmerkungen bestehen, dies ist nicht der Fall. Er selber stellt die Frage, wie sich die Zusammenarbeit der Mitgliedkommunen gestalte. Er merkt an, dass sich auf dem Stellenmarkt ein großer Bedarf an Klimaschutzmanagern abzeichne und die Kommunen bereits untereinander versuchen würden, Mitarbeiter abzuwerben. Er fragt weiterhin, ob es eine Struktur, gemeinsame Zielfindung bzw. einen Wissensaustausch untereinander zwischen den Kommunen gebe.

Herr Lang erläutert, dass er in naher Zukunft eine gemeinsame Struktur einführen möchte. Er plane ein regelmäßiges Treffen aller Klimaschutzmanager, die in den Städten und Gemeinden des Landkreises tätig sind, bei dem die Möglichkeit des gemeinsamen Austausches bestehe. Teilweise seien bisher aber nicht in allen Kommunen Ansprechpartner zum Thema Klimaschutz vorhanden. Ein anzustrebendes Ziel sei, dass alle Kommunen einen eigenen Klimaschutzmanager einstellen, um so engagiert die gesteckten Ziele verfolgen zu können. Er erwähnt, dass die Vareler Klimaschutzmanagerin in der heutigen Sitzung anwesend sei.

Herr Homfeldt möchte wissen, wie es innerhalb der Gemeinschaft des Landkreises Friesland koordiniert werden könne, falls nicht jede Kommune eine Stelle mit einer solch hohen Fachqualifikation besetzen könne. Die Gefahr bestehe derzeit, dass sich die Kommunen

untereinander die Fachkräfte wegnehmen würden. Er bittet Herrn Lang darum, das Anliegen an die Hauptverwaltungsbeamten weiterzutragen, so dass es eine Struktur gebe, wie interkommunal mit dieser Problematik umgegangen werde.

Herr Dr. Dehrendorf ergänzt, dass ein Austausch untereinander bestehe. Zwei Beispiele seien das CO2-Programm und die Energiebilanz. Sollte es nicht möglich sein, dass jede einzelne Gemeinde einen eigenen Klimaschutzmanager habe, müssten sich diese Gemeinden aus eigener Initiative zusammenschließen, sodass es beispielsweise für den Nord- und Südkreis je einen Klimaschutzmanager gebe.

Keine weiteren Fragen oder Anmerkungen.

TOP 9 Anträge der Fraktionen, Gruppen und Kreistagsabgeordneten

TOP 9.1 Beratung über die mittelfristigen Entwicklungsziele (MEZ) und Handlungsschwerpunkte (HSP) Vorlage: 0223/2022

Die zum ersten Mal vom Kreistag in der Sitzung am 15.12.2003 beschlossenen, für die strategische Ausrichtung der Arbeit des Landkreises Friesland, maßgeblichen Mittelfristigen Entwicklungsziele und Handlungsschwerpunkte wurden in einem Turnus von zwei Jahren an die sich geänderten Planungen, Entwicklungen und Gesetze angepasst. Die letzte Anpassung fand mit Kreistagsbeschluss vom 19.12.2018 statt. Aufgrund der Corona-Pandemie ist eine Fortschreibung in den Jahren 2020/ 2021 unterblieben.

Die Gruppe SPD/ GRÜNE/ FDP hat die bestehenden MEZ/ HSP beraten und Vorschläge für eine künftige Fortschreibung erarbeitet.

Nach dem Beschluss des Kreisausschusses vom 06.04.2022 soll die Fortschreibung der Punkte des Konzeptes aus 2018 von den fachlich zuständigen Ausschüssen beraten werden.

Die Fortschreibung der Punkte des Konzepts für den Ausschuss für Klimaschutz, Klimafolgenanpassung, Planung und Kreisentwicklung, gem. Vorschlag der Mehrheitsgruppe, wurden wie nachfolgend gelistet, von der Dezernatsleitung 3, dem Fachbereichsleiter 61 und der Stabsstelle Klimaschutz geprüft und bedürfen seitens der Verwaltung aktuell keine weiteren Ergänzungen.

MEZ 3:

HSP 3.2 Umsetzung und Erweiterung des interkommunalen Gewerbegebiets JadeWeserPark

HSP 3.11 Weiterentwicklung des Hafens Hooksiel für die Bereiche Tourismus, Küstenfischerei und als Assistenzhafen für den JadeWeserPort

HSP 3.12 Berücksichtigung und Nutzung der Auswirkungen der Digitalisierung auf die regionale Entwicklung; möglichst flächendeckende Umsetzung der Breitband- und der Mobilfunkversorgung

HSP 3.13 Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsprogramms (insb. Zukunftsorientierte Siedlungsentwicklung nach dem Grundsatz „Verdichtung vor Flächenverbrauch", Sicherung der Daseinsvorsorge)

HSP 3.17 Entwicklung zur Wasserstoff-Technologie Region und entsprechende Förderung neuer Technologien der Energiewende Praktische Anwendung Tankstelle, Busse, Logistik + Großanwendungen zum Erreichen der Klimaziele Nutzung im Schiffsverkehr

Der Ausschuss für Klimaschutz, Klimafolgenanpassung, Planung und Kreisentwicklung wird gebeten, die ihn betreffenden Punkte zu beraten und eine Fassung zu beschließen, die mit den beratenen Punkten der anderen Fachausschüsse zu einer Gesamtfortschreibung zusammen-getragen werden kann.

Herr Homfeldt ruft den TOP 9.1 auf, zu dem es einen Antrag der Mehrheitsgruppe gab.

Herr KTA Mandel ergreift das Wort und stellt die wesentlichen Änderungen vor, die es in Bezug auf die MEZ und HSP gibt. Der Antrag der Mehrheitsgruppe ist dem Protokoll beigefügt. Er erklärt, dass es bei der heutigen Sitzung um die mittelfristigen Entwicklungsziele MEZ 3 (Standortqualitäten ausbauen und sichern) und MEZ 4 (Erhalt und Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen) gehe. Er spricht die Teilthemen sowie die Handlungsschwerpunkte der mittelfristigen Entwicklungsziele MEZ 3 an.

Anlagen:
Antrag der Mehrheitsgruppe zur Erneuerung der strategischen Ausrichtung des Landkreises Friesland; mittelfristige Entwicklungsziele (MEZ) und Handlungsschwerpunkte (HSP)

Beschluss:
Nach Beratung stimmt der Ausschuss für Klimaschutz, Klimafolgenanpassung, Planung und Kreisentwicklung den fortzuschreibenden Mittelfristigen Entwicklungszielen Handlungsschwerpunkten beizusteuernden fortgeschriebenen Punkten des Mittelfristigen Entwicklungsziels 3 „Standortqualitäten ausbauen und sichern" und 4 „Erhalt und Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen" zu; die Punkte fließen in das vom Kreistag zu beschließende Gesamtkonzept ein.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ja:	7
Nein:	0
Enthaltung:	4

TOP 9.2 Beratung über die mittelfristigen Entwicklungsziele (MEZ) und Handlungsschwerpunkte (HSP) Vorlage: 0224/2022

Die zum ersten Mal vom Kreistag in der Sitzung am 15.12.2003 beschlossenen, für die strategische Ausrichtung der Arbeit des Landkreises Friesland, maßgeblichen Mittelfristigen Entwicklungsziele und Handlungsschwerpunkte wurden in einem Turnus von zwei Jahren an die sich geänderten Planungen, Entwicklungen und Gesetze angepasst. Die letzte Anpassung fand mit Kreistagsbeschluss vom 19.12.2018 statt. Aufgrund der Corona-Pandemie ist eine Fortschreibung in den Jahren 2020/ 2021 unterblieben.

Die Gruppe SPD/ GRÜNE/ FDP hat die bestehenden MEZ/ HSP beraten und Vorschläge für eine künftige Fortschreibung erarbeitet.

Nach dem Beschluss des Kreisausschusses vom 06.04.2022 soll die Fortschreibung der Punkte des Konzeptes aus 2018 von den fachlich zuständigen Ausschüssen beraten werden.

Die Fortschreibung der Punkte des Konzepts für den Ausschuss Klimaschutz, Klimafolgen-anpassung, Planung und Kreisentwicklung, gem. Vorschlag der Mehrheitsgruppe wurden wie nachfolgend gelistet, von der Dezernatsleitung 3, dem Fachbereichsleiter 61 und der Stabsstelle Klimaschutz geprüft und bedürfen seitens der Verwaltung aktuell keine weiteren Ergänzungen.

MEZ 4:

4.3.1 Entwicklung eines Klimaschutzplans und Aufbau eines eigenen Bereichs zur Erstellung und Umsetzung

4.3.4 Klimaschutzmanagement mit weiteren Mitarbeitenden.

4.6.2 Sicherung von Kleipotenzialen

4.11.1 On demand Angebote etablieren

4.11.3 Ausbau der Fahrrad-Infrastruktur

4.11.4 Konzeptionierung des Ausbaus der Landeinfrastruktur

4.11.5 Förderung der Bedingung für Carsharing Konzepte

Der Ausschuss für Klimaschutz, Klimafolgenanpassung, Planung und Kreisentwicklung wird gebeten, die ihn betreffenden Punkte zu beraten und eine Fassung zu beschließen, die mit den beratenen Punkten der anderen Fachausschüsse zu einer Gesamtfortschreibung zusammengetragen werden kann.

Herr Mandel spricht die Teilthemen, sowie die Handlungsschwerpunkte der mittelfristigen Entwicklungsziele MEZ 4 an.

Herr Homfeldt bedankt sich für die Erläuterung bei Herrn KTA Mandel.

Herr KTA Kühne ergreift das Wort und erklärt, warum die CDU sich bei der Abstimmung des Beschlussvorschlages enthalten werde. Ein Teil der von Herrn KTA Mandel aufgeführten Punkte finde von der CDU die vollkommene Unterstützung, es gebe aber auch Punkte, bei denen sich die CDU noch in der Abstimmung befinde sowie einige nicht annehmbare Punkte. Herr KTA Kühne nennt dazu zwei Beispiele: Beim Thema Biosphärenreservate sehe er einen Eingriff in die kommunale Entscheidung. Die Städte und Gemeinden des Landkreises hätten sich dazu unterschiedlich positioniert. Er ist der Meinung, dass dies eine Entscheidung der einzelnen Städte und Gemeinden bleiben solle. In Varel wurden diesbezüglich schon zwei Abstimmungen mit entsprechender Mehrheit negativ beschieden. Zudem sei bei den MEZ 4 einige Male das Abfallwirtschaftszentrum Wiefels genannt, ihm fehle aber die Berücksichtigung des Müllstandortes für den Südkreis in Varel in der Neuwangerooger Straße.

Frau KTA Jensen fragt, ob es schon konkrete Auseinandersetzungen zum HSP Wiedervernässung Moor und Erhalt der Moorschäferei gebe. Sie teilt mit, dass es besonders im Spolenser Moor an der Moorschäferei extreme Höhenunterschiede gebe, eine Vernässung sei daher nicht ohne weiteres möglich. Des Weiteren erwähnt sie, dass sie es nicht für richtig halte, Vertreter/Innen zum Thema Klimawandel in die Schulen zu schicken. Gegen eine Informationsveranstaltung sei ihrer Ansicht nach nichts einzuwenden, allerdings sei hier zu klären, wer diese durchführen werde. Sie erwähnte die Gefahr der Ideologie, weshalb sie den Punkt so wie beschrieben nicht unterstützen könne.

Frau KTA Esser fragt, ob es von Seiten der Verwaltung Änderungswünsche zu den MEZ gebe, da ihr beim Lesen der Vorlage aufgefallen sei, dass die Auflistung der HSP nicht identisch mit den HSP des Antrages der Mehrheitsgruppe sei. In der Vorlage der Verwaltung sei z.B. beim HSP 3.2 die Weiterentwicklung des Aerotec-Geländes Varel nicht erwähnt.

Herr Neuhaus erklärt, dass verschiedene Versionen der MEZ im Umlauf waren und es vermutlich dadurch zu diesem Missverständnis kam. Es bestehe also kein inhaltlicher Dissens. Er erwähnt zudem, dass der Zweckverband anders organisiert sei, als das AZV / TZV in Nachbarschaft zur PAG Varel und deshalb eine Trennung nach Standorten erfolgen sollte.

Frau KTA Esser stellt weiterhin fest, dass in der Vorlage der Verwaltung der HSP 3.12 eingefügt sei, den es im Antrag der Mehrheitsgruppe so gar nicht gebe. (HSP 3.12; Berücksichtigung und Nutzung der Auswirkungen der Digitalisierung auf die regionale Entwicklung; möglichst flächendeckende Umsetzung der Breitband- und der Mobilfunkversorgung). Aus ihrer Sicht sei gegen diesen HSP nichts einzuwenden. In der Gesamtabstimmung müsse dann überlegt werden, ob dieser Punkt mit aufgenommen werden könne.

Herr Neuhaus erklärt dazu, dass dieser Punkt in der alten Fassung der MEZ bereits enthalten war, durch das Änderungsverfahren aber die Nummerierung verschoben sei.

Frau Esser fügt hinzu, dass in der Vorlage der Verwaltung der HSP 3.17 dem Punkt des Antrages HSP 3.4.1 „Entwicklung zur Wasserstoff-Technologie Region“ entspricht. Die Verwaltung habe hier noch den Text „entsprechende Förderung neuer Technologien der Energiewende Praktische Anwendung Tankstelle, Busse, Logistik + Großanwendungen zum Erreichen der Klimaziele Nutzung im Schiffsverkehr“ hinzugefügt. Der HSP sei somit nicht mehr identisch mit dem Antrag. Frau Esser stelle diese Frage, da die Verwaltung angegeben habe, keine Ergänzungen bzw. Änderungswünsche zu haben.

Herr Dr. Dehrendorf erwähnt, dass dies Empfehlungen der Verwaltung seien. Der Landkreis sei bestrebt, alle HSP des Antrages mit den derzeitigen Projekten abzugleichen und als Hilfestellung zu konkretisieren. Dies seien aber keine ergänzenden Ziele.

Frau Esser stellt an die CDU die Frage, wie nach deren Vorstellung das weitere Vorgehen sei, wenn es heute nicht abschließend diskutiert werden könne. Sie fragt, was dagegen-spreche, die von der CDU angesprochenen Themen im Zuge dieser Sitzung auszudiskutieren.

Frau Jensen antwortet, dass sie die genannten MEZ zu oberflächlich fände. Sie stellt die Frage an die Verwaltung, welche Gespräche z.B. in Bezug auf die Moorschäferei bereits stattgefunden hätten.

Herr KTA Mandel stellt klar, dass dies so konkret in der strategischen Ausrichtung nicht möglich sei. Die MEZ und HSP werden sehr kurz und prägnant benannt. Sollte es zu einer Änderung kommen, am Beispiel der Moorschäferei zu einer möglichen Schließung, Weiterentwicklung oder zu anderen unerwarteten Kosten, so werde dieses dann in den Fachgremien erneut diskutiert. Die MEZ / HSP seien ein grober Orientierungsrahmen, die Einzelthemen würden detailliert aufgegriffen werden.

Herr Homfeldt ergänzt, dass die Oppositionsgruppe mit einem entsprechenden Vorschlag auf die Mehrheitsgruppe zukommen werde.

Herr Mandel bittet, auf angesprochene Punkte von Herrn KTA Kühne antworten zu dürfen. Er erwähnt, dass bei HSP 4.7.1 „Biosphärenreservate“ die Beteiligung der Kommunen auf freiwilliger Basis geschehe. Natürlich sollen möglichst alle Kommunen hierfür gewonnen werden, es sei aber nicht verpflichtend. Weiterhin greift er einen anderen Einwand zum HSP 4.0.5 „ökologische Aufwertung kreiseigener Flächen und der Flächen kreiseigener Betriebe“ von Herrn Kühne auf. Im Abfallwirtschaftszentrum Wiefels seien sehr viele Photovoltaikanlagen gebaut. Auch für den Standort Hohenberge Neuwangerooger Straße sei

diesbezüglich einiges in Planung, etwas Konkretes würde zu entsprechender Zeit im Fachausschuss beraten.

Frau Wittke hat eine Frage zum MEZ 3 HSP 3.11. Die Küstenregionen hätten Bedenken, dass das LNG-Terminal den Tourismus beeinträchtigen könne. Diese Sorge bekräftige sich, wenn nun auch noch Hooksiel als Assistenzhafen für den Jade Weser Port ausgebaut werden solle. Sie fragt nach schon vorhanden Konzepten und wie dies zu realisieren sei, ohne dass Tourismus und Küstenfischerei beeinträchtigt würden.

Herr Homfeldt antwortet auf die Frage, dass dies, wie bereits von Herrn Mandel erklärt, ein Handlungsziel sei, über das im Detail im Fachausschuss gesprochen werde.

Herr Dr. Dehrendorf ergänzt, dass dies ein wichtiges Raumordnungsthema sei. Beide Belange sollen gleichwertig behandelt werden. Es gebe eine abgestimmte Zielrichtung und hierzu entsprechende Festsetzungen im RROP 2020.

Herr Kühne möchte erwähnen, dass es noch nicht zu allen Themen innerhalb der Fraktion einen Beschluss gebe, deswegen sei es seiner Meinung nach falsch, dem Antrag zuzustimmen. Zum Thema Aerotec Werk müsse der weitere Miteigentümer des Areals, die Stadt Varel, mit inkludiert werden.

Keine Wortmeldungen oder Fragen.

Herr Homfeldt ruft zur Abstimmung auf und fragt, ob alle einverstanden sind, über TOP 9.1 und 9.2 en bloc abzustimmen.

Anlagen:
Antrag der Mehrheitsgruppe zur Erneuerung der strategischen Ausrichtung des Landkreises Friesland; mittelfristige Entwicklungsziele (MEZ) und Handlungsschwerpunkte (HSP)

Beschluss:
Nach Beratung stimmt der Ausschuss für Klimaschutz, Klimafolgenanpassung, Planung und Kreisentwicklung den fortzuschreibenden Mittelfristigen Entwicklungszielen Handlungs-schwerpunkten beizusteuernden fortgeschriebenen Punkten des Mittelfristigen Entwicklungsziels 3 „Standortqualitäten ausbauen und sichern“ und 4 „Erhalt und Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen“ zu; die Punkte fließen in das vom Kreistag zu beschließende Gesamtkonzept ein.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ja:	7
Nein:	0
Enthaltung:	4

TOP 10 Anfragen nach § 11 der Geschäftsordnung: keine

TOP 11 Anregungen und Beschwerden: keine

Herr Homfeldt bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

gez. Axel Homfeldt	gez. Sven Ambrosy	gez. Kristina Jaufmann
Vorsitzender	Landrat	Protokollführerin